



Geld und Moral – Menschenrechte und Kapital

Was hat die Ukraine mit Hongkong gemeinsam? Was verbindet Jena und Wien? Was vernetzt Kapital mit Moral? Nichts, möchte man auf den ersten Blick äußern. Doch die Welt wirkt immer globaler. Die gegenseitigen Abhängigkeiten verstärken sich.

Fangen wir noch einmal mit der Ukraine an. Die deutsche Öffentlichkeit ist längst gespalten. Die einen möchten Kiew immer noch helfen, einen Gesamtstaat zu regieren, und schauen gespannt zu, wie jetzt Regierungstruppen im Ostteil der Ukraine vorgehen. Die anderen aber raten, rebellische Regionen freizugeben, vor allem wenn sie sowieso prorussisch sind oder gar russisch sein könnten. Denn Moskau und Putin seien viel wichtiger als Kiew und dessen unerfahrener „Schoko-Poro“, Staatschef Petro Poroschenko. In deutschen Führungsetagen heißt es außerdem: „Geschäfte werden mit Moskau gemacht, Defizite mit Kiew“ – und die in Kiew brauchen doch bloß unser Geld, sie fordern jetzt sogar einen Marschallplan.

Großrussischer Flächenbrand

Auch wenn derzeit ukrainische Truppen vorankommen und Moskau leiser wird, bleibt die Grundtendenz der russischen Politik stets die Gleiche: sie behauptet, die Interessen aller Russen vertreten und notfalls militärisch verteidigen zu müssen, egal wo sie leben. Das ist aktuell in der Ostukraine so, davor haben die Balten und die Polen Angst, das geschieht in weiteren südosteuropäischen „Hungerleider-Regionen“. Vor wenigen Tagen hat der deutsche Botschafter in der Republik Moldau, Matthias Meyer, in einer Diskussion in der Europäischen Akademie in Berlin betont, dass über dieses Land zu wenig berichtet werde, dass es aber der Schlüssel zum östlichen Teil Europas sei. Denn dort gebe es ein einigermaßen funktionierendes Parlamentssystem mit einer Drei-Parteien-Regierung und einer Drei-Parteien-Opposition, wobei letztere aus Sozialisten, Kommunisten und anderen Linken besteht, die von Moskau gesteuert seien. Auch der Republik Moldau sind jetzt, wie der Ukraine, Hoffnungen durch ein EU-Assoziierungsabkommen gemacht worden. Aber am 30. November 2014 gebe es Wahlen, und wenn die jetzige Opposition die Mehrheit erringe, könnte auf Druck Moskaus ein neuer Anti-EU-Kurs entstehen. Die Verhaltensweise der Bevölkerung sei sowieso immer noch stark sowjetisch geprägt, was bedeute, dass man sich alles vom Staat erwarte, keine Eigeninitiative entwickle und die gewohnte Korruption verinnerlicht habe, was wiederum westliche Investitionen abschrecke. Da der eine Teil der Bevölkerung rumänisch spreche, der andere aber russisch, könnte (erneut) ein blutiger Konflikt ausbrechen. Das würde bestimmt wieder dem Kreml ins Kalkül passen – Unruhe schüren, Fortschritte verhindern, Freiheiten bedrohen, auf Dauer rechtsfreie Zonen schaffen, wie in Abchasien oder Ossetien, so auch in Transnistrien. Die dortige „Elite“ hält sich jetzt schon mit russischen Waffen an der Macht. Was hat eigentlich Moskau auf Dauer davon? Hat man sich so

die künftige erneuerte Großmacht Russland vorzustellen? Die von manchen hierzulande erträumt oder zumindest akzeptiert wird? Warum setzt man nicht mehr auf Bildungsinitiativen, auf eine freie Justiz, auf Wirtschaftswachstum, auf eine moderne Zivilgesellschaft?

Großchinesischer Flächenbrand

Jetzt erlebten wir wieder mit der deutschen Kanzlerin, welche Rolle das Kapital spielt. Bei ihrer x-maligen Chinareise waren alle wichtigen Industriebosse dabei, um „Geschäfte zu tätigen“. Klar, es geht um deutsche Arbeitsplätze, da macht auch der Kotau vor Chinas Führung nichts aus, den Angela Merkel machen musste, als sie im Beisein von Premier Li die amerikanischen Verbündeten wegen der jüngsten Spionageattacken rügen musste. Was sind da schon die chinesischen Cyber-Angriffe auf deutsche Firmen? Da stellt sich Peking einfach selbst als Opfer hin und will gemeinsam mit Deutschland gegen „solche kriminellen Raubaktionen“ vorgehen. Eine neue Allianz? Nachdem die Wirtschaftsverträge unterzeichnet waren, geisterte das Zauberwort „Strategische Partnerschaft“ erneut durch Peking. Laut SZ-Bericht vom 7.7.2014 war damit nicht bloß die Wirtschaft gemeint, sondern auch die Gesellschaft, der Umweltschutz, die Bildung, ja sogar die Menschenrechte. Obwohl jeder weiß, dass nach den Olympischen Spielen 2008 alles nur noch schlechter wurde.

Da passt seltsam ins Bild, was die frühere „Vorsitzende der Verwaltung Hongkongs“, Anson Chan, kürzlich in der „Süddeutschen Zeitung“ äußerte. Sie sprach von der „ehemals demokratischen britischen Kronkolonie Hongkong“. Entgegen allen Erwartungen und Versprechungen, auch seitens Londons, werde die 1997 aus dem britischen Kolonialreich entlassene Region dem Fraß der Kommunisten überlassen. Der gewohnte Rechtsstaat sei in Gefahr. 2017 werde wieder eine Regierung für Hongkong gewählt, aber Peking werde dann bestimmen, wer auf den Amtssesseln Platz nimmt. Das bedeutet dann, dass nicht die Erwartung, von Hongkong würden Freiheitssignale auf das Riesenreich überschwappen, erfüllt würden, sondern das genaue Gegenteil. Aber was interessiert das London und den Westen? Der britische Premier lächle genauso wie die deutsche Kanzlerin in die chinesischen Kameras, weil es ja um riesige Wirtschaftsaufträge geht.



1978 in Wuhan – Klaus Rose hatte im Mao-Look Spaß

Anson Chan machte aber auf die Konsequenzen aufmerksam. Werde sich Peking immer „vertragstreu“ verhalten, so wie etwa Moskau beim Gas? Oder durchdringt China mit seiner neuen Macht die ganze Welt? In Kanada kauften die Chinesen Denkfabriken auf, akademische Institutionen. Überall auf der Welt platzieren sie ihre Konfuzius-Institute, aber nicht in friedlicher Absicht wie die Goethe-Institute. Ist das die „strategische Partnerschaft“, von der viele im Westen träumen?

Jena und Wien

Man tut der thüringischen Universitätsstadt Jena unrecht, wenn man sie wegen der NSU-Bande insgesamt des Rechtsradikalismus verdächtigen würde. Man täte ihr auch unrecht, wenn all jene Leute, die sensibilisiert sind und eine „Allianz gegen rechts“ vertreten, als Unruhestifter oder Linksterroristen verdächtigt würden. Ein katholischer Student aus Jena, der in einer linken politischen Gruppe „gegen rechts“ engagiert ist und jetzt in Wien gegen den „Akademikerball“ protestierte, wurde festgenommen und als Staatsfeind inhaftiert. Ob der Akademikerball oder auch Burschenschaften rechtslastig sind, muss hier nicht beurteilt werden. Dass aber im vereinten Europa und im befreundeten Österreich deutsche Antifaschisten monatelang in U-Haft sitzen, kam nicht bloß Cathrin Kahlweit, der Reporterin der „Süddeutschen Zeitung“, seltsam vor. Es scheint sich nicht bloß in Russland oder China eine Art von „Strafjustiz“ zu entwickeln, die Kanonen oder Panzer einsetzt, wenn sie keine Argumente mehr hat. Menschenrechte sind also überall gefährdet, auch im neo-austrischen Rechtspopulismus. Kapital statt Moral sollte aber nirgendwo die Maxime sein.

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de.